Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 31. Juli 2012
Ausgabe 144
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **3**
› „München zeigt Gesicht!“: Rund 2.000 Münchnerinnen und Münchner machen mit 3
› Ausstellungsgestalter für NS-Dokumentationszentrum ausgewählt 4
› Münchner Senioren engagieren sich für Münchner Kinder 4
› München wird inklusiv – Befragung von Angehörigen von Menschen mit Behinderungen 6
› Radl-Sicherheitscheck am U-Bahnhof Dülferstraße 6
› Steuern für das III. Quartal fällig 7
› „Münchner Tanzboden“ am 3. August – Tanzen zum Mitmachen 8
› Führung durch die Ausstellung „Floris Neusüss – Traumbilder“ 8
› Comic-Ausstellung und Preisverleihung in der Mohr-Villa 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **10**
› Wir bauen unseren Bildungscampus! 10
› Kommunale Wohnungstauschbörse einrichten 12

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **15**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Mittwoch, 1. August, 11 Uhr, Hochschule für Fernsehen und Film (HFF), Blaues Kino (Kino 2), Gabelsbergerstraße 33
Pressekonferenz mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und Renate Bender, Sprecherin des Vorstands der Initiative Münchner Galerien, zur Open Art 2012. Das Kunstwochenende der Münchner Galerien findet am 14., 15. und 16. September statt. Die Open Art bietet seit nunmehr 24 Jahren den 65 Galerien der Initiative Münchner Galerien Zeitgenössischer Kunst in allen Stadtvierteln mit Ausstellungseröffnungen und einem Rahmenprogramm ein öffentliches Forum. Presseakkreditierung erbeten unter: muenchner-galerien@ngi.de oder per Fax 24 22 37 62, Initiative Münchner Galerien Zeitgenössischer Kunst.

Freitag, 3. August , 11.30 Uhr, Polizeipräsidium München, Medienzentrum, Augustinerstraße 2
Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle und Polizeivizepräsident Robert Kopp informieren gemeinsam über die Ergebnisse der Kampagne „Gscheid radln – aufeinander achten!" zur Erhöhung der Sicherheit im und um den Fahrradverkehr und ziehen Bilanz.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Bürgerangelegenheiten

Samstag, 4. August, 11 bis 12 Uhr
Telefonische Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen - Am Hart) mit der Vorsitzenden Antonie Thomsen, Telefon 35 35 98 32.

Dienstag, 7. August, 19.30 Uhr, Stadtteilbüro Maxvorstadt, Schellingstraße 28 a (barrierefrei)
Ferienausschuss des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 7. August, 19.30 Uhr, Gaststätte „Bürgerheim", Bergmannstraße 33 (nicht barrierefrei)
Ferienausschuss des Bezirksausschusses 8 (Schwanthalerhöhe). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Ludwig Wörner statt.

Dienstag, 7. August, 19.30 Uhr, Saal des Gehörlosenzentrums, Lohengrinstraße 11 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 13 (Bogenhausen). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** statt.

Meldungen

„München zeigt Gesicht!“:
Rund 2.000 Münchnerinnen und Münchner machen mit
(31.7.2012) Im Rahmen der Kampagne „München zeigt Gesicht!“ waren die Münchnerinnen und Münchner in den vergangenen vier Wochen aufgerufen, mit ihrem Portraitfoto ein Zeichen gegen Rassismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit zu setzen.
Rund 2.000 Münchnerinnen und Münchner unterstützten die Aktion, die heute zu Ende geht, indem sie ein Bild von sich bei Facebook oder über den Laut-gegen-Brauntöne-Blog hochgeladen haben. Auch zahlreiche Prominente zeigten Gesicht für die Kampagne für Toleranz und Respekt, darunter Charlotte Knobloch, Luise Kinseher, Alexandra Polzin, Konstantin Wecker und Professor Dr. Julian Nida-Rümelin.
So äußerste sich Konstantin Wecker zu der Kampagne: „Kampf gegen Rassismus bedeutet, auf billige Bauernfängerei zu verzichten und Zeichen zu setzen durch Taten. Mit einer Politik, die den Ängsten entgegenarbeitet, die die Rechten nutzen.“ Professor Dr. Julian Nida-Rümelin forderte Zivilcourage ein: „Zivilcourage verlangt, sich nicht einschüchtern zu lassen; verlangt, die gleiche Würde aller Menschen unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht oder Religion zu verteidigen.“
Die bei der Aktion eingesandten Fotos werden das „München zeigt Gesicht!“-Plakat zieren, das ab 21. August auf 100 Plakatwänden in ganz München zu sehen sein wird. Die Gesichter formen darauf die München-Silhouette.
„München zeigt Gesicht!“ ist eine gemeinsame Aktion der Landeshauptstadt München, der Ströer Deutsche Städte Medien GmbH und der Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation im Rahmen der Kampagne „Laut gegen Brauntöne“. Diese Kampagne der Landeshauptstadt München gegen Rassismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit wird von zahlreichen weiteren Partnern unterstützt. Von November 2012 bis März 2013 wird es in diesem Rahmen auch wieder Diskussions- und Musikabende im Feierwerk, eine Ausstellung und eine Club-Nacht geben. Infos dazu gibt es demnächst unter *www.laut-gegen-brauntoene.de*.

Ausstellungsgestalter für NS-Dokumentationszentrum ausgewählt
(31.7.2012) Die inhaltliche Ausrichtung des bis 2014 an der Brienner Straße entstehenden NS-Dokumentationszentrums München geht weiter voran: Am Freitag, 27. Juli entschied ein vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München einberufenes Auswahlgremium über die künftigen Ausstellungsgestalter: Das Büro „Gerhards & Glücker" aus Berlin wird künftig in enger Zusammenarbeit mit dem Gründungsdirektor und den am Ausstellungskonzept beteiligten Professoren die gestalterische Umsetzung der Inhalte des NS-Dokumentationszentrums München durchführen.
An dem Auswahlverfahren beteiligt waren Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, der Gründungsdirektor Professor Dr. Winfried Nerdinger sowie die Professoren Dr. Marita Krauss und Dr. Peter Longerich, die Stadträte Klaus-Peter Rupp (SPD), Siegfried Benker (Grüne/Bündnis 90) und Marian Offman (CSU) sowie Fachleute aus den Bereichen Architektur und Ausstellungswesen. Insgesamt stellten fünf Büros ihr Konzept vor, von denen die Präsentation von „Gerhards & Glücker" am meisten überzeugte.
„Schrittweise bekommt das NS-Dokumentationszentrum zunehmend Kontur, an der weiter gemeinsam gearbeitet werden kann. Die Findung der Ausstellungsgestalter ist ein weiterer erfolgreicher Schritt", blickt Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers optimistisch in die Zukunft des Hauses.
Das Büro Gerhards & Glücker wurde im Jahr 2001 von Professor Carsten Gerhards und Andreas Glücker in Berlin gegründet. Das Arbeitsgebiet umfasst alle Maßstabsebenen der Gestaltung, vom Städtebau, über die Hochbauarchitektur bis zur Innenarchitektur und zum Möbeldesign. Ein Schwerpunkt des Büros ist die Ausstellungs- und Museumsgestaltung inklusive visueller Kommunikation und Mediengestaltung. Zu ihren letzten, mehrfach ausgezeichneten Gestaltungen gehören die Albrechtsburg Meißen sowie das Händel-Haus in Halle. Weitere Projekte waren die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße in Potsdam sowie die Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen.
Nähere Informationen unter *www.gerhardsgluecker.com* sowie zum NS-Dokumentationszentrum unter *www.ns-dokumentationszentrum-muenchen.de*, Pressekontakt über Kulturreferat, E-Mail: presse.kulturreferat@muenchen.de.

Münchner Senioren engagieren sich für Münchner Kinder
(31.7.2012) Bei sommerlichen Temperaturen Weihnachtskartenmotive gestalten? Kein Problem für Münchens Seniorinnen und Senioren. Liebevoll wurde in den vergangenen Wochen gemalt und gezeichnet, damit alle Mädchen und Buben aus der Landeshauptstadt unbeschwerte Ferien verbringen können. Die Sommerferien stehen vor der Tür, sechs lange, sonnige Wochen voller Müßiggang. Es gibt viele Möglichkeiten, den Kindern

während der freien Zeit unbeschwerte und abwechslungsreiche Tage zu ermöglichen. Die wenigsten gibt es umsonst. Wenn in der Familie aber nur Geld für das Nötigste da ist, müssen die Mädchen und Buben in den Ferien zwangsläufig zu Hause bleiben. Die Josef Schörghuber-Stiftung für Münchner Kinder setzt sich dafür ein, dass kein Kind aus finanziellen Gründen auf Ferien mit Gleichaltrigen verzichten muss. Ein Anliegen, das in diesem Jahr von Münchens engagierten Seniorinnen und Senioren unterstützt wird.

Kreativ werden im Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen

Das Sozialreferat der Landeshauptstadt München, das die Stiftung verwaltet, hatte sich gemeinsam mit der Stiftung etwas ausgedacht, das die Generationen verbinden sollte: einen Kreativwettbewerb für Münchner Seniorinnen und Senioren zu Gunsten Münchner Kinder. Gesucht waren drei weihnachtliche Motive, die ab Oktober 2012 in Form von Weihnachtskarten zu Gunsten der Stiftung verkauft werden. Pro verkaufte Karte kommen 50 Cent direkt und ohne Verwaltungskosten den Münchner Kindern zugute.

Die Spannung war groß, als die Jury tagte. Nicht nur die Vielzahl der Einsendungen war beeindruckend, auch der Grad des Engagements selbst. Der älteste Teilnehmer feiert in diesem Jahr immerhin seinen einhundertsten Geburtstag. Bei den Motiven dominierten Engel, Weihnachtsbäume, Winterlandschaften und Kerzen das Gesamtbild. Den Farben und der Komposition waren dabei keine Grenzen gesetzt. Von zarten Bleistiftzeichnungen über poppige Gemälde bis hin zu eher abstrakten Interpretationen war eine große Bandbreite künstlerischen Schaffens vertreten. Diese Vielfalt spiegeln auch die drei Siegermotive wider:

- Winterzauber, Erna Brandstetter
- Weihnachtssterne, Johanna Graf
- Sternenglanz, Monika Luckas

Die Stiftung dankt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern herzlich für ihr Engagement. Die Weihnachtskarten zu Gunsten der Josef Schörghuber-Stiftung für Münchner Kinder kann man ab sofort unter: *www.muenchnerkinder.de/weihnachtskarten.html* bestellen. Sie sind inklusive Umschlag zum Preis von 1 Euro pro Karte erhältlich. 50 Cent pro verkaufte Karte gehen ohne Abzug an die Josef Schörghuber-Stiftung für Münchner Kinder.

Über die Josef Schörghuber-Stiftung für Münchner Kinder

Die Josef Schörghuber-Stiftung für Münchner Kinder ist Teil des sozialen Engagements der Schörghuber Unternehmensgruppe. Sie wurde am 26. Juli 1995 auf Initiative von Josef Schörghuber gegründet, der drei Millionen Mark Stiftungskapital zur Verfügung stellte. Der Unternehmer brach-

te damit seine Verbundenheit gegenüber München und den Münchner Kindern zum Ausdruck. Die Stiftung wird vom Sozialreferat der Landeshauptstadt München verwaltet. Im Vordergrund steht die Einzelförderung von bedürftigen Kindern und Familien. Die Vergabe der Mittel – seit 1995 wurden rund 2,2 Millionen Euro aus Spenden und Zinserträgen für Maßnahmen verwendet, von denen 65.000 Kinder profitieren konnten – erfolgt über die Stiftungsverwaltung des Sozialreferats (*www.muenchnerkinder.de)*.
Pressekontakt: Schörghuber Unternehmensgruppe, Bernhard Taubenberger, Leiter Kommunikation & Marketing, Telefon: 92 38-2 58, E-Mail: be.taubenberger@sug-munich.com,
Landeshauptstadt München, Sozialreferat, Andreas Danassy, Telefon: 2 33-2 32 33, E-Mail: sozialreferat.presse@muenchen.de.

München wird inklusiv –
Befragung von Angehörigen von Menschen mit Behinderungen
(31.7.2012) Die Landeshauptstadt München erarbeitet derzeit einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Um mehr über die Lebenslagen, Probleme und Wünsche von Menschen mit Behinderungen in München zu erfahren, führt das Sozialwissenschaftliche Institut München (SIM) im Auftrag des Sozialreferats eine Studie zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen durch.
Im Rahmen der Studie wird im Herbst eine repräsentative Befragung von Menschen mit einer Schwerbehinderung erfolgen. Aktuell läuft bereits eine Erhebung zur Situation der Angehörigen von Menschen mit Behinderungen. Der Angehörigenfragebogen steht auf *www.sim-sozialplanung.de* zum Download bereit beziehungsweise kann dort auch online ausgefüllt werden. Mitmachen können alle Münchner Bürgerinnen und Bürger, die einen Angehörigen mit Behinderung haben.
Informationen zur Studie: Dr. Andreas Sagner, SIM, Telefon: 7 25 63 29, *www.sim-sozialplanung.de,* sowie zum Aktionsplan der Stadt München: *www.muenchen-wird-inklusiv.de*.

Radl-Sicherheitscheck am U-Bahnhof Dülferstraße
(31.7.2012) Am 2. und 3. August macht der Sicherheitscheck der Radlhauptstadt München Halt am U-Bahnhof Dülferstraße. In der Zeit von 13 bis 18 Uhr können Bürgerinnen und Bürger dort ihr Radl kostenlos auf Verkehrstauglichkeit überprüfen lassen. Besonders für Vielfahrerinnen und -fahrer empfiehlt sich eine regelmäßige Überprüfung von Bremsen, Reifendruck und Kette. Wer darin keine Übung hat, bekommt beim Münchner Radl-Sicherheitscheck Tipps für die Radinspektion. An Fahrrädern, die kleine Män-

gel aufweisen, führen erfahrene Radl-Checker direkt vor Ort Reparaturen durch. Zum Service gehören das Nachjustieren von Bremsen und Sattel, die Überprüfung von Licht, Reflektoren und Reifendruck. Wessen Radl größere Reparaturen benötigt, erfährt, wo er diese durchführen lassen kann. Weitere Sicherheitschecks folgen im September.
Zusätzliche Informationen sind unter *www.radlhauptstadt.de* erhältlich.

Steuern für das III. Quartal fällig
(31.7.2012) Die Stadtkämmerei erinnert alle Steuerpflichtigen daran, dass die für das III. Quartal 2012 fällig werdenden Grundsteuern und Gewerbesteuervorauszahlungen bis spätestens 16. August an das Kassen- und Steueramt zu entrichten sind. Durch die rechtzeitige Begleichung der Schuldigkeiten werden Säumniszuschläge, Mahngebühren und Kosten für weitere Maßnahmen vermieden. Diese Erinnerung ist nicht zu beachten, wenn das Kassen- und Steueramt bereits zur Abbuchung ermächtigt ist oder eine entsprechende Ermächtigung beim Kassen- und Steueramt eingeht. Bei eigenen Einzahlungen beziehungsweise Überweisungen wird gebeten, unbedingt die – im letzten Bescheid aufgeführte – 13-stellige Kassenkontonummer anzugeben.
Die Stadt München bedankt sich bereits an dieser Stelle für eine pünktliche Zahlung, die hilft, die vielfältigen Aufgaben zum Wohl der Münchner Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin erfüllen zu können.
Folgende Konten stehen für Einzahlungen beziehungsweise Überweisungen zur Verfügung:

Geldinstitut	**Kontonummer**	**Bankleitzahl**
Postbank München	919803	700 100 80
Stadtsparkasse München	203000	701 500 00
HypoVereinsbank München	81300	700 202 70

Für Inlands- und Auslandsüberweisungen innerhalb des europäischen Wirtschaftsraums (EU-Überweisung):
- Postbank München
  IBAN: DE78 7001 0080 0000 9198 03 BIC: PBNKDEFF
- Stadtsparkasse München
  IBAN: DE86 7015 0000 0000 2030 00 BIC: SSKMDEMM
- HypoVereinsbank München
  IBAN: DE34 7002 0270 0000 0813 00 BIC: HYVEDEMMXXX

Die Teilnahme am Abbuchungsverfahren erspart den Zahlungspflichtigen die lästige Terminüberwachung und dem Kassen- und Steueramt zusätzlichen Aufwand.

„Münchner Tanzboden“ am 3. August – Tanzen zum Mitmachen
(31.7.2012) In Zusammenarbeit mit dem Hofbräuhaus München lädt das Kulturreferat München am Freitag, 3. August, 19.30 Uhr bis 23 Uhr, zum „Münchner Tanzboden“ mit dem Tanzmeister Magnus Kaindl und der Tanzlmusik „15-Saiter“ im Erkerzimmer des Hofbräuhauses München ein. Der „Münchner Tanzboden“ richtet sich besonders an alle jungen, neugierigen und am „Bairisch Tanzen“ Interessierte. Es werden gängige Rundtänze wie Dreher, Polka, Boarische und Walzer sowie einfache Figurentänze getanzt. Der Tanzmeister erklärt und zeigt alle Tänze, so dass auch Anfängerinnen und Anfänger ohne Vorkenntnisse sofort mitmachen können. Karten sind für 7 Euro an der Abendkasse erhältlich (Hofbräuhaus, Platzl 9). Einlass ist ab 18.30 Uhr. Es besteht keine Reservierungsmöglichkeit. Ein weiterer „Münchner Tanzboden“ findet am Freitag,
12. Oktober, mit Katharina Mayer und der Waldramer Tanzlmusi statt. Weitere Informationen zum „Münchner Tanzboden“, zu den Tanzveranstaltungen des Kulturreferats sowie zu Tanzkursen für Bairisches Tanzen unter: *www.muenchen.de/volkskultur*.

Führung durch die Ausstellung „Floris Neusüss –Traumbilder“
(31.7.2012) Am Donnerstag, 2. August, führt um 16 Uhr Christin Müller durch die Ausstellung „Floris Neusüss – Traumbilder. Fotografien 1958 bis 1983“ im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1. Floris Neusüss gebraucht das Medium Fotografie auf eine scheinbar unfotografische Weise: nicht zur Aufzeichnung der uns umgebenden Welt, sondern zur Sichtbarmachung von Ideen. Die Ausstellung zeigt zum ersten Mal seit über 30 Jahren eine umfassende Gesamtschau von Neusüss' Kamerafotografien: von den surreal anmutenden Traumbildern seiner Münchner Frühzeit bis zu den konzeptuellen Arbeiten und den poetischen Aktionen der 1970-er Jahre. Treffpunkt ist im Foyer. Der Eintritt beträgt 6 Euro, ermäßigt 3 Euro, zuzüglich 6 Euro Führungsgebühr.

Comic-Ausstellung und Preisverleihung in der Mohr-Villa
(31.7.2012) Von Samstag, 4. August, bis Dienstag, 14. August, werden in der Mohr-Villa in Freimann die besten Comics aus dem Wettbewerb „FFF 2012“ (FreimannFröttmaningFußball 2006) präsentiert. Zur Eröffnung am Freitag, 3. August, 17 Uhr, werden die drei Preisträger-/innen öffentlich prämiert und über den Publikumspreis abgestimmt. Michael Kompa hält die Laudatio. Der 2006 erstmals veranstaltete Wettbewerb wurde in diesem Jahr unter dem Titel „HAH! Held Antiheld Heroes“ zum Thema Comic ausgeschrieben. Eine Jury aus Comic-Experten und Kunst-Kennern wählte aus fast 150 Einreichungen aus dem nationalen und internationalen Raum,

von Berlin, München, Salzburg bis Zagreb und New York, die 45 besten Künstlerinnen und Künstler aus, deren Comics nun in der Ausstellung zu sehen sind. Zur Eröffnung werden zahlreiche beteiligte Künstlerinnen und Künstler wie der Münchner Comic-Zeichner Jan Reiser und Katharina Netolitzky oder die österreichische Künstlerin Hannelore Greinecker-Morocutti erwartet.
Die Mitglieder der Jury waren: Heiner Lünstedt und Michael Kompa, Leiter des Münchner Comic-Festivals und Verein Comicaze, Barbara Breen, Illustratorin, und Gilla Schmitt-Thiel, Initiatorin des Mohr-Villa Kunst-Wettbewerbes.
Im Rahmen der Comic-Ausstellung veranstaltet Barbara Breen von Montag, 6. August bis Freitag, 10. August, 10 bis 16 Uhr, einen Comic Workshop. Anmeldung erforderlich unter Telefon: 26 21 99 15, Kosten: 10 Euro pro Stunde.
Die Ausstellung „HAH! Held Antiheld Heroes" ist vom 4. bis 14. August, Montag bis Freitag, 11 bis 16 Uhr, und nach Vereinbarung im Kulturzentrum Mohr-Villa Freimann, Situlistraße 75, zu besichtigen. Der Eintritt ist frei. Zur Ausstellung erscheint ein Katalog.
Die Ausstellung steht unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Ude und wird unterstützt vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München und dem Bezirksausschuss 12, Schwabing-Freimann.
Nähere Informationen unter: *www.mohr-villa.de.*

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 31. Juli 2012

Wir bauen unseren Bildungscampus!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Amlong, Verena Dietl, Christian Müller, Heide Rieke, Dr. Constanze Söllner-Schaar, Claudia Tausend, Birgit Volk, Beatrix Zurek (SPD) und Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Jutta Koller, Sabine Krieger, Dr. Florian Roth, Boris Schwartz (Bündnis 90/Die Grünen) vom 28.2.2012

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Sie haben in Ihrem Antrag gefordert, bei der Ausgestaltung des Bildungscampus Freiham Bürgerinnen und Bürger aller Altersstufen zu beteiligen.

Wir beabsichtigen in Zusammenarbeit mit dem Planungsreferat im Oktober/November 2012 zielgruppengerechte Workshops in der Umgebung des zukünftigen „Campus Freiham“ durchzuführen. Die Durchführung wird in unserem Auftrag ein Jugendhilfeträger oder ein Planungsbüro übernehmen.

Nach aktuellem Planungsstand sind 3 Veranstaltungen für unterschiedliche Altersgruppen vorgesehen: für Kinder bis 10 Jahre, für Jugendliche, für Erwachsene. Selbstverständlich werden alle von Ihnen genannten zu Beteiligenden zu den Workshops eingeladen und ggf. in die Vorbereitungen eingebunden.

Zusätzlich zu dem von Ihnen gewünschten Beteiligungsverfahren fand am 25.06.2012 in den Räumen des Referates für Bildung und Sport gemeinsam mit dem Planungsreferat eine große Informationsveranstaltung mit allen uns bekannten Interessierten bzw. Betroffenen statt. Hier wurden die Anwesenden schon über die von Ihnen gewünschte Veranstaltung in

Kenntnis gesetzt. Themenvorschläge und Anregungen wurden gesammelt, Adressen von an den Workshops Interessierten wurden festgehalten.

Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Kommunale Wohnungstauschbörse einrichten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Amlong, Dr. Reinhard Bauer, Andreas Lotte, Bettina Messinger, Christian Müller, Heide Rieke, Claudia Tausend und Beatrix Zurek (SPD) vom 31.1.2012

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt dieses Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt.

Der Antrag bezieht sich auf die Vergabepraxis bei geförderten Wohnungen durch das Amt für Wohnen und Migration. Dabei handelt es sich um eine laufende Angelegenheit nach Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO und § 22 GeschO, weil der Vollzug des Wohnungsbindungsrechts keine grundsätzliche Bedeutung hat und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lässt.

Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 31.01.2012 teile ich Ihnen aber Folgendes mit:

Dem Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration und den Wohnungsbaugesellschaften ist bewusst, dass Menschen, deren Wohnungen unter- oder überbelegt und nicht alters- oder familiengerecht sind, der Unterstützung bedürfen und dass eine möglichst „passgenaue" Belegung der Wohnungen im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten liegt. Gerade im Hinblick auf den akuten Mangel an familiengerechten Wohnungen wird der Bereitschaft von Mieterinnen und Mietern, ihre nicht mehr benötigten größeren Wohnungen gegen kleinere einzutauschen, hohe Bedeutung beigemessen. Daher bestehen bereits seit längerer Zeit beim Amt für Wohnen und Migration Regelungen zum Wohnungstausch, welcher hier als „Umsetzung" bezeichnet wird. Dabei ist insbesondere die Umsetzung im öffentlichen Interesse zu nennen: Sie betrifft Mieterinnen und Mieter von familiengerechten geförderten Wohnungen, die in eine kleinere Wohnung umziehen möchten. Entsteht durch den beabsichtigten Wechsel ein wohnungswirtschaftlicher Gewinn, werden Tauschwillige besonders dringlich eingestuft und möglichst rasch vermittelt.
Das Bewohnen einer geförderten Wohnung stellt aber für sich alleine noch keine Berechtigung für den Bezug einer anderen geförderten Wohnung dar.

Voraussetzung für den Wohnungstausch ist eine qualifizierte Prüfung, ob Tauschwillige die rechtlichen Voraussetzungen zum erneuten Bezug einer geförderten Wohnung erfüllen und frei werdende Wohnungen auch zur Umsetzung geeignet sind; insbesondere, ob und wie lange sie noch der Sozialbindung unterliegen. Wer einen Wohnungstausch konkret beabsichtigt, muss einen Antrag auf Registrierung für eine geförderte Wohnung stellen. Der Registrierungsbescheid vermittelt dann bei Erfüllung der Voraussetzungen den rechtlich zustehenden Grundanspruch auf eine Wohnung hinsichtlich ihrer Größe, sozialen Dringlichkeit, Förderart und Belegungsbindung.
Zu den Erfordernissen in Bezug auf Beschaffenheit, Lage und Ausstattung, die sich aus den eingereichten Nachweisen ergeben, werden häufig noch persönliche Wünsche und Bedürfnisse geäußert. Ferner gilt es zu bedenken, dass Mieterinnen und Mieter nicht selbst über ihre Wohnungen als Tauschobjekt verfügen können. Der Wohnungstausch ist keine bilaterale Angelegenheit zwischen Mieterinnen und Mietern, die über einen Tausch handelseinig werden können, sondern hängt zusätzlich vom Einverständnis sowohl der Behörde als auch der Verfügungsberechtigten ab. Die Entlassung aus den bisherigen Mietverträgen und dabei zu beachtende Kündigungsfristen, der Abschluss neuer Mietverträge sowie die Bezugstermine können sich durch zeitliche Überschneidungen erschwerend auswirken.

Es ist zu bezweifeln, dass eine Tauschbörse diese verschiedenen Aspekte berücksichtigen könnte und den Beteiligten ermöglichen würde, ihre rechtlichen Ansprüche und persönlichen Vorstellungen auf einfache und zuverlässige Weise in Einklang zu bringen, so dass ein genehmigungsfähiger Tausch zustande käme. Wenn sich herausstellt, dass ein beabsichtigter Wechsel nicht möglich ist, werden bei den Betroffenen nicht Einsicht und Verständnis, sondern Enttäuschung und Unmut vorherrschen. So gesehen könnte die Einrichtung einer Wohnungstauschbörse zu einem Quell der Unzufriedenheit werden, wenn sie Wünsche weckt, die nicht erfüllt werden können. Auch durch Heranziehung der aufsuchenden Sozialarbeit wäre dieser Problematik wohl nicht zu begegnen.

Für die Vermittlung in eine betreute Wohnform könnte eine Wohnungstauschbörse keine erkennbare Hilfestellung bieten, weil z.B. ein Tausch zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern einer Altenwohnanlage und jungen Familien ausgeschlossen ist.

Untervermietungen entsprechen nicht den Intentionen des geförderten Wohnungsbaus und werden daher im Rahmen des Vergabeverfahrens

nicht vermittelt. Ausgeschlossen ist eine Untervermietung nicht; sie bedarf aber der Zustimmung der bzw. des Verfügungsberechtigten.

Im Amt für Wohnen und Migration wird zur Zeit ein Projekt durchgeführt, um die Wohnungsvergabe neu zu strukturieren. Im Rahmen dieser Neugestaltung wird auch untersucht, wie die Wohnungssuchenden zukünftig stärker am Vergabeverfahren beteiligt werden können. Dabei wird die Einrichtung einer Wohnungstauschbörse aber nicht befürwortet. Diese Skepsis teilen auch die beiden beteiligten städtischen Wohnungsbaugesellschaften GEWOFAG München und GWG München. Dort wird der Wohnungstausch bereits mit gezielten Maßnahmen ermöglicht:

Die GEWOFAG München unterstützt ältere Mieterinnen und Mieter, die eine Familienwohnung frei machen, indem sie präventive Hausbesuche durchführt. Sie berät und ermutigt Mieterinnen und Mieter zu einem Wohnungswechsel und unterhält eine Beratungsstelle „Wohnen im Alter". Umsetzungen machen ca. 10% der Fluktuationsquote aus. Wenn Mieterinnen und Mieter ihre Wohnung nicht wechseln möchten, werden ggf. Wohnungsanpassungen durchgeführt, um ein altersgerechtes Wohnen zu ermöglichen.

Die GWG München hält über ihre Hausverwaltungen und die dort eingesetzten sozialpädagogischen Fachkräfte Kontakt zu ihren Mieterinnen und Mietern. Zu den Beratungs- und Hilfeangeboten gehören Wohnungsanpassungen, Sanierungsmaßnahmen und Umsetzungen sowie ein Umzugsmanagement. Tauschwillige ältere Menschen haben im Regelfall gute Aussichten, in eine passende Wohnung im Bestand umgesetzt zu werden. Die Erfahrung zeigt aber auch, dass viele ältere Mieterinnen und Mieter ihre angestammte Wohnung nicht aufgeben wollen und deren Unzulänglichkeiten in Kauf nehmen, um sich nicht in einem neuen Umfeld zurechtfinden zu müssen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sowohl das Amt für Wohnen und Migration als auch die Wohnungsbaugesellschaften bereits jetzt im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten und unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben tauschwillige Mieterinnen und Mieter unterstützen. Die Einrichtung einer Wohnungstauschbörse als zusätzliches Instrument wird aber aus den dargelegten Gründen als nicht praktikabel angesehen.

Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 31. Juli 2012

Frühzeitige Schulbauplanung an der Hochstraße
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Oliver Belik, Verena Dietl, Christiane Hacker, Haimo Liebich, Bettina Messinger, Christian Müller, Regina Salzmann, Birgit Volk, Beatrix Zurek (SPD) und Stadtrats-Mitglieder Gülseren Demirel, Jutta Koller, Sabine Krieger, Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Kulturraum für Hadern
Antrag Stadtrats-Mitglieder Ulrike Boesser, Nikolaus Gradl, Haimo Liebich, Andreas Lotte und Klaus Peter Rupp (SPD)

Neue Flächen für Kinderbetreuung für Laim und Sendling-Westpark erschließen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Christian Müller, Irene Schmitt, Birgit Volk und Beatrix Zurek (SPD)

Hilfe für Opfer jugendlicher Gewalt und Kriminalität
Antrag Stadtrat Marian Offman (CSU)

Plakatierungsverordnung ändern – nicht nur politischen Parteien sondern auch politischen Bündnissen Aufstellung von Plakaten genehmigen
Antrag Stadtrat Siegfried Benker (Bündnis 90/Die Grünen)

Eigenbetrieb vs. GmbH – Bericht über die Städtisches Klinikum München GmbH (StKM)
Antrag Stadtrat Orhan Akman (Die Linke)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

SPD - Stadtratsfraktion **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste**

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Birgit Volk
Beatrix Zurek
Dr. Ingrid Anker
Oliver Belik
Verena Dietl
Christiane Hacker
Haimo Liebich
Bettina Messinger
Christian Müller
Regina Salzmann
Stadtratsmitglieder

Jutta Koller
Gülseren Demirel
Sabine Krieger
Dr. Florian Roth
Stadtratsmitglieder

31.07.2012

Frühzeitige Schulbauplanung an der Hochstraße

Antrag:

Das Referat für Bildung und Sport wird gebeten, im Rahmen der Schulbauplanung den Bau einer zusätzlichen dreizügigen Grundschule auf dem Grundstück der Grund- und Mittelschule an der Hochstraße zu prüfen, damit die bestehende Grund- und Mittelschule mit Tagesheim in der bisherigen Form weiterbestehen kann . Dabei sind die Aufteilung des Grundstücks und der Schutz des Baumbestands besonders zu berücksichtigen.

Begründung:

Auf dem Gelände der Paulaner-Brauerei in der Münchner Au werden Wohnungen für rund 3.000 Bewohnerinnen und Bewohner entstehen. Daher ist nun frühzeitig der künftige schulische Bedarf zu prüfen, damit in diesem Neubaugebiet von Anfang eine ausreichende Schulversorgung zur Verfügung steht. Im Hinblick auf die Ressourcen auf dem Gelände der Grund- und Mittelschule an der Hochstraße ist zu prüfen, ob der neue Grundschulbau hier – baumschonend - errichtet werden kann.

gez.

Birgit Volk
Beatrix Zurek
Dr. Ingrid Anker
Oliver Belik
Verena Dietl
Christiane Hacker
Haimo Liebich
Bettina Messinger
Christian Müller
Regina Salzmann
Stadtratsmitglieder

Jutta Koller
Gülseren Demirel
Sabine Krieger
Dr. Florian Roth
Stadtratsmitglieder

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Klaus Peter Rupp
Stadtrat

Ulrike Boesser
Stadträtin

Nikolaus Gradl
Stadtrat

Andreas Lotte
Stadtrat

Haimo Liebich
Stadtrat

31.08.2012
SPD_-_Antrag_(1)-2.odt

Kulturraum für Hadern

Antrag:

Das Kulturreferat wird gebeten schnellstmöglich zu prüfen, ob das Ladenlokal an der Guardinistraße 90 angemietet werden kann, um es für bürgerschaftlich kulturelle Aktivitäten in Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek und MVHS zur Verfügung zu stellen.

Auch ist zu klären, welche Umbauarbeiten erforderlich sind, wie hoch der Mietpreis sein wird und ob weitere Kosten anfallen könnten.

Begründung:

Am 23.9.2011 konnten die renovierten Räumlichkeiten der Stadtbibliothek und der MVHS in der Guardinistr. 90 am Haderner Stern neu eröffnet werden. Beide Einrichtungen finden äußerst regen Zuspruch durch die Bürgerinnen und Bürger.

Seit vielen Jahren ist darüber hinaus der Verein "Kultur in Hadern" in dem Quartier äußerst aktiv, der am obigen Termin sein 20-jähriges Jubiläum feiern konnte. Die Programme des Vereins zeigen die Vielfalt und die Qualität seiner Arbeit und der Besuch der Veranstaltungen bestätigt dies.

Aufgrund der Insolvenz der Schlecker-Kette wird das Ladenlokal mit einer Fläche von ca. 295 qm im direkten Anschluss an die MVHS und Stadtbibliothek frei. Das Ladenlokal befindet sich im Eigentum der Stadtsparkasse. Diese Räumlichkeiten sind für bürgerschaftlich kulturelle Aktivitäten bestens geeignet. Auch für die MVHS kann eine Verbesserung erreicht werden, da die jetzigen Räume im Kellergeschoss liegen.

Durch die Kooperation von MVHS, Stadtbibliothek und "Kultur in Hadern" kann ein kultureller Mittelpunkt am Haderner Stern entstehen

Klaus Peter Rupp
Stadtrat

Nikolaus Gradl
Stadtrat

Haimo Liebich
Stadtrat

Ulrike Boesser
Stadträtin

Andreas Lotte
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Verena Dietl
Christian Müller
Irene Schmitt
Birgit Volk
Beatrix Zurek

Stadtratsmitglieder

31.07.2012

Neue Flächen für Kinderbetreuung für Laim und Sendling-Westpark erschließen

Antrag:

Das städtische Grundstück im 7. Stadtbezirk Ecke Ludwigshafenerstr/Westendstraße neben der KFZ-Zulassungsstelle ist für eine Kinderbetreuungseinrichtung zu sichern und entsprechend zu planen.

Begründung:

Die Stadtbezirke Laim und Sendling-Westpark sind mit Kinderbetreuungsplätzen sowohl für Kinder unter drei Jahren als auch mit Kindergartenplätzen immer noch deutlich unterversorgt. Sämtliche Bemühungen zusätzliche Flächen für Kinderbetreuung zu finden, können in Laim entweder nicht umgesetzt werden oder verzögern sich (zum Beispiel Areal Zschokkestr.). Aus diesem Grund muss dringend in angrenzenden Stadtbezirken nach Lösungen gesucht werden. Die Fläche Ludwigshafener/Westendstr bietet einen optimalen Standort, um Kinderbetreuung für die Stadtbezirke Laim und Sendling-Westpark zu ermöglichen. Daher soll umgehend die Möglichkeit geprüft werden, dort Kinderbetreuung anzusiedeln.

gez.

Verena Dietl
Christian Müller
Irene Schmitt
Birgit Volk
Beatrix Zurek

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Marian Offman

ANTRAG
31.07.12

Hilfe für Opfer jugendlicher Gewalt und Kriminalität

Ein noch festzulegender Anteil der Haushaltsmittel (mindestens 10 %), die für das Produkt Jugendgerichtshilfe jährlich verwendet werden, wird künftig dem Weißen Ring (Bayern Süd) zur Verfügung gestellt.

Die benötigten zusätzlichen Mittel sollen, wenn möglich, durch Entnahme aus den Stiftungsmitteln einschlägiger Stiftungen gedeckt werden. Sollten diese Beträge nicht ausreichen, dann sind zusätzliche Haushaltsmittel einzustellen.

Im Sinne von Haushaltstransparenz ist spätestens ab 2013 das Produkt Opferhilfe für Gewaltopfer jugendlicher Täter einzurichten.

Begründung:
Zu Recht bemüht sich das Jugendamt unter dem Stichwort Resozialisierung um straffällig gewordene Jugendliche und junge Erwachsene. Ziel ist es, kriminellen Karrieren damit ein Ende zu setzen und jungen Menschen für die Zukunft positive Perspektiven zu ermöglichen. Weil jedoch oftmals für die Opfer zu wenig getan wird, werden die Resozialisierungsmaßnahmen in den Medien und in der Öffentlichkeit zunehmend kritisch begleitet. Dieses zu vermeiden, sollte der Schutz der Opfer und deren Betreuung verstärkt werden. Bisher geschieht dies überwiegend nur auf freiwilliger Basis, wie z.B. dankenswerterweise durch den Weißen Ring und seinen Aktivitäten.

Auch wenn das am 1. Oktober 2009 in Kraft getretene 2. Opferrechtsreformgesetz Fortschritte brachte, bleibt viel zu tun, gerade für die häufig jugendlichen Opfer! Es geht nicht nur um die notwendige formaljuristische Begleitung und Prozessverfahren, es geht um Betreuung, Gespräche und auch um therapeutische Ansätze der Erlebnisbewältigung.

Aufgrund seiner Erfahrung in der Opferhilfe bietet sich der Weiße Ring mit absolut erster Priorität an. Die Verknüpfung der Maßnahmen zur Resozialisierung mit der Opferhilfe verringert das Skandalisierungspotenzial hinsichtlich der Resozialisierung.

Marian Offman, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 31.07.2012

Antrag

Plakatierungsverordnung ändern -
nicht nur politischen Parteien sondern auch politischen Bündnissen
Aufstellung von Plakaten genehmigen

Der Stadtrat möge beschließen:

Auch politischen Bündnissen – mit und ohne politische Parteien – wird ermöglicht, drei Wochen vor Veranstaltungen (im öffentlichen Raum und/oder in geschlossenen Räumlichkeiten) auf diese mittels Plakatwerbung hinzuweisen.

Begründung:

In der derzeit gültigen Plakatierungsverordnung von 1995 lautet §2 derzeit folgendermaßen:

§ 2
(1) Politische Parteien, Wählergruppen und Kandidaten dürfen bis zu drei Monaten vor Wahlen, Volksbegehren, Volks- oder Bürgerentscheiden und 14 Tage danach Anschläge auch außerhalb der in § 1 Abs. 1 dieser Verordnung genannten Stellen anbringen. Die maximale Größe der Plakate ist auf 1 qm (DIN A 0) beschränkt.

(2) Zudem dürfen politische Parteien und Wählergruppen bis zu drei Wochen vor einer politischen Veranstaltung und eine Woche danach Anschläge auch außerhalb der in § 1 Abs. 2 dieser Verordnung genannten Stellen anbringen. Die Anschläge müssen in diesem Fall unter deutlicher Angabe von Ort und Zeit auf die Veranstaltung hinweisen. Die maximale Größe der Plakate ist auf 1 qm (DIN A 0) beschränkt.

Im Kern bedeutet dies, dass lediglich politische Parteien oder Wählergruppen für ihre Veranstaltungen mittels Plakaten im öffentlichen Raum werben dürfen. Wenn sich politische Basisgruppen zusammenschließen und ebenfalls im öffentlichen Raum werben möchten, bedeutet dies, dass eine politische Partei im Bündnis vertreten sein muss – und

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

diese dann auf dem Plakat unverhältnismäßig groß herausgearbeitet werden muss. Wiederholt hat dies in der Vergangenheit dazu geführt, dass Plakate von Bündnissen nicht in der gedruckten Form ausgehängt werden durften, da die Partei nur als ein Teil des Bündnisses gesehen wurde.

Diese Betrachtungsweise entspricht nicht mehr der Realität einer BürgerInnengesellschaft, die gerade durch unterschiedlichste AkteurInnen geprägt ist. Eine Reduzierung des Rechtes auf Plakataufstellung für Parteien ist überholt. Da in den bisherigen Fällen immer eine Partei in den Bündnissen vertreten war, konnten dann irgendwann alle Veranstaltungen beworben werden – allerdings mit dem unverhältnismäßig großen Auftreten einer Partei – was der Realität des Bündnisses nicht entsprochen hat.

Ziel dieses Antrages ist es nicht, dass Einzelaktivitäten einer oder weniger Gruppen die gleiche Möglichkeit erhalten sollen wie Bündnisse. Nach wie vor soll die Möglichkeit der Plakataufstellung reglementiert werden.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Siegfried Benker
Mitglied des Stadtrates

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Orhan Akman
Ehrenamtlicher Stadtrat

DIE LINKE
offene Liste im Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35
Fax: 089 - 233 - 2 81 08

An
Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, 31.07.2012

Antrag: Eigenbetrieb vs. GmbH - Bericht über die Städtisches Klinikum München GmbH (StKM)

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Referat Gesundheit und Umwelt (RGU) und die Stadtkämmerei stellen dem Stadtrat bis Ende 2012 in einem Bericht dar:

1. Wie viel Geld die LH München der StKM seit ihrer Umwandlung in eine GmbH im Jahr 2005 zugeschossen hat.
2. Welche Vor- und Nachteile die Rechtsformen GmbH und Eigenbetrieb aus der Sicht der LH München (besonders aus Sicht des RGU und der Stadtkämmerei) haben.
3. Ob das RGU und die Stadtkämmerei eine Rückführung der StKM GmbH in einen Eigenbetrieb der LH München für wirtschaftlich sinnvoll erachten. Wenn nein, warum nicht.
4. Wie es sein kann, dass der Aufsichtsrat seit der Gründung der StKM GmbH systematisch mit falschen Informationen getäuscht wurde.
5. Ob der LH München andere Kommunen bekannt sind, in denen die dortigen städtischen Kliniken als Eigenbetriebe positiv wirtschaften.
6. Ob der LH München bekannt ist, dass die Städtischen Kliniken in Stuttgart erfolgreich als Eigenbetrieb wirtschaften. Wenn dies bekannt ist, wie die LH München dieses Beispiel bewertet und ob es auch für die LH München als Vorbild dienen könnte.

Begründung:

„Ein weiter so“ mit immer größeren Finanzspritzen durch die Stadt für die Städtische Klinikum München GmbH (StKM) meiner Meinung nach keine Lösung. Seit der Umwandlung der städtisches Kliniken in eine GmbH wurden Abermillionen öffentliche Gelder versenkt. Dabei scheint der Boden des Fasses nicht erreicht zu sein. Auch in der

Vollversammlung am 25.07.2012 hat der Stadtrat keine eindeutigen Informationen darüber erhalten wie viel öffentliche Gelder, seit der Umwandlung der städtischen Kliniken in eine GmbH im Jahr 2005, in die StKM geflossen sind. Ebenfalls sprach sich der Stadtrat gegen den Änderungsantrag der LINKEN aus. Im Rahmen der Überprüfung der verschiedenen „Szenarien“ für die Zukunft der StKM wollte DIE LINKE prüfen lassen, ob eine Rückführung der StKM in einen Eigenbetrieb wirtschaftlich sinnvoll wäre.

Die aktuelle finanzielle Situation der StKM und die verschlechterten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, nicht nur in der Pflege, machen deutlich, dass die Rechtsformänderung mitnichten alle Probleme gelöst, sondern die Lösung verschleppt und dramatisch verschlechtert hat. Auch ist dem Stadtrat damit ein großer Teil seiner Kontrollinstrumente entzogen werden. Die StKM verfügt derzeit über eine miserable Eigenkapitalquote und dies hat Auswirkungen auf die finanzielle Lage der StKM, die Zukunft der Beschäftigten sowie die Gewährleistung der öffentlicher Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand.

Orhan Akman

Stadtrat DIE LINKE.